

1.3. „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“

Bereits im Januar 1944 hatte die Führung der KPD im Moskauer Exil aus taktischen Erwägungen beschlossen, nach dem Krieg alle Parteien in einem „nationalen Block der kämpferischen Demokratie“ zu vereinigen.³⁹ Dabei war die KPD von Anfang an nicht gewillt, die anderen Parteien als gleichberechtigte Konkurrenten um die Macht anzuerkennen. Die Blockpolitik war „Camouflage“⁴⁰. Sie diente allein der Beeinflussung des Parteiensystems und der Durchsetzung kommunistischer Interessen.

Nach dem sowjetischen Einmarsch gingen die Initiativgruppen der KPD mit sowjetischer Unterstützung an die Umsetzung ihres Konzeptes. Zunächst wurden überall im Lande „Antifa-Blocks“, meist aus Kommunisten und Sozialdemokraten, gebildet. Die SMAD und KPD-Führung sah in der Bildung einer „Einheitsfront“ mit den Sozialdemokraten die Grundlage für eine umfassendere Zusammenarbeit aller politischen Kräfte im Block als der zentralen „Volksfrontorganisation“. Durch ihre enge Zusammenarbeit sollten KPD und SPD ihre Dominanz im Block sichern und die SPD von einer Hinwendung zu den bürgerlichen Kräften abgehalten werden.⁴¹

Auch die Praxis bei der Zulassung der Parteien durch die SMAD folgte im wesentlichen den bündnispolitischen Erwägungen der Kommunisten.⁴² Nachdem Grotewohl die Bereitschaft zur Mitarbeit der SPD in der Einheitsfront erklärt hatte, drängten SPD und KPD die bürgerlichen Parteien gemeinsam zur Zusammenarbeit im Block. Das trug erheblich dazu bei, die Blockpolitik gegenüber CDU und LDP durchzusetzen.⁴³

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Weimarer Republik waren die Gründer von CDU und LDP bereit, sich dem von den Sowjets angeordneten Block anzuschließen. Sie hofften auf diese Weise, der Bevorzugung der KPD durch die Sowjets zu begegnen und Einfluß auf die Politik zu gewinnen.⁴⁴ Dabei bedeutete ihre Entscheidung für die Blockpolitik keinen Verzicht auf ein nach demokratischen Grundsätzen arbeitendes Parlament und eine daraus gewählte deutsche Regierung. Sie sahen im Block eher eine Art nationaler Notstandskoalition,⁴⁵ die ihre Aufgaben nur vorübergehend, bis zur Bildung

39 Vgl. FISCHER, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik S. 86 u. S. 103–108.

40 WILKE: Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 S. 254 f. Nach KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 83 darf der Zusammenschluß im Block 1945 nicht von vornherein als „kommunistisches Betrugsmanöver“ abgetan werden. Der Block bot demnach „für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik“. Auch KULBACH/WEBER: Parteien im Blocksystem S. 15 meinen, daß die Blockpolitik zumindest im Ansatz für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik bot.

41 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 595.

42 Vgl. STARITZ/SUCKUT S. 435.

43 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 595.

44 So auch SUCKUT: Blockpolitik S. 21.

45 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 39.

einer aus freien Wahlen hervorgegangenen deutschen Regierung zu erfüllen hatte. Vor diesem Hintergrund entwickelten die führenden CDU-Politiker ein eigenes Verständnis, wonach Blockpolitik eine auf Gleichberechtigung und Toleranz gegründete Arbeits- und Ausgleichsgemeinschaft war, in der keine Partei eine führende Rolle innehaben durfte. Blockpolitik war demnach eine der möglichen Formen loyaler Zusammenarbeit von Parteien unter außerordentlichen Umständen, durch die keine Partei ihre programmatische Unabhängigkeit und Oppositionsmöglichkeit verlor.⁴⁶ Ähnlich war die Sicht in der LDP. Johannes Dieckmann erklärte, Blockpolitik bedeute die „Absage an ein politisch-parlamentarisches System formalistisch-demokratischen Denkens, dessen Grundformeln die Begriffe Koalition und Opposition waren“. Die Blockpolitik erlaube es keiner Partei, „die aufbauwilligen fortschrittlichen Kräfte anderer Parteien aus der Mitverantwortung auszuschließen und eine Alleinherrschaft auszuüben“. Sie gestatte es aber auch keiner Partei, sich aus der Verantwortung herauszuhalten.⁴⁷ In beiden bürgerlichen Parteien wurde das Blocksystem damit im Sinne des klassischen politischen Konkordanzsystems interpretiert, in dem nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Prinzip des gütlichen Einvernehmens verfahren wird, um zu Entscheidungen zu gelangen.

Die Einwilligung aller Parteigründer zur Mitarbeit im Block hing aber in erster Linie damit zusammen, daß die Lizenzierung der Parteien von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit abhing. Kurz nach Kriegsende gab es ohnehin kaum Alternativen, als derartige Vorgaben der Besatzungsmacht vorbehaltlos zu akzeptieren. Die Entscheidung fiel jedoch leicht, weil die geforderte Form der Zusammenarbeit den ohnehin vorhandenen Überzeugungen entsprach, daß im zerstörten Deutschland eine parteiübergreifende Kooperation notwendig sei. Außerdem spielten Erfahrungen aus der Weimarer Republik eine Rolle, in der die Zerrissenheit der Parteienlandschaft das Emporkommen der NS-Bewegung gefördert hatte. Trotz des auch in den Westzonen vorhandenen Willens zur Beseitigung der Folgen der NS-Diktatur fällt auf, daß hier keine Block-Ausschüsse entstanden. Die Vorgaben der Besatzungsmächte wurden in allen Zonen von den deutschen Akteuren akzeptiert. CDU und LDP hätten von sich aus eine Block-Kooperation nicht vorgeschlagen. Die Parteien wurden, da von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit ihre Lizenzierung abhing, praktisch in den Block hineingegründet,⁴⁸ der damit die „conditio sine qua non der neuen Parteienbetätigung“ war.⁴⁹ Schon im Mai und Juni 1945 übte die SMAD massiven politischen Druck aus, um die sich bildenden Parteien CDU und LDP auf eine Mitarbeit festzulegen.⁵⁰ Dabei bot der „Antifaschismus“ als Grundlage

46 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 69–71.

47 „Sächsisches Tageblatt“ vom 12. Juni 1947.

48 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 84.

49 EBD. S. 22.

50 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 271.

des Blocks „schon ideologisch keine Möglichkeit des Nicht-Mitmachens“⁵¹. In den Block hineingegründet wurden die Parteien jedoch nur auf Zonenebene. Der Block-Ausschuß der preußischen Provinz Brandenburg konstituierte sich z. B. erst am 22. November 1945, lange nach den Parteigründungen.⁵² Allerdings ging die SMAD davon aus, daß die Entscheidungen an der Spitze peu à peu für die gesamten nachgeordneten Strukturen maßgeblich sein würden.

Am 14. Juli 1945 schlossen sich die vier Parteien „unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit“ im Block, der praktisch unkündbaren „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, zusammen. Als gemeinsame inhaltliche Ziele wurden vor allem die Entnazifizierung, der wirtschaftliche Wiederaufbau, Rechtsstaatlichkeit, Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht und die Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung angegeben. Beschlossen wurde die Bildung eines Ausschusses, der regelmäßig und unter wechselndem Vorsitz tagen sollte. Den Parteiorganisationen auf Landes-, Kreis- und Ortsebene wurde der Zusammenschluß zu entsprechenden Organisationen empfohlen. Blockausschüsse bildeten sich in Folge auf allen Ebenen der Verwaltung. Neben dem zentralen Block in Berlin entstanden Landes-, Kreis- und kommunale Blocks. Wenngleich es keine formale Hierarchie der Ebenen gab, galten Blockbeschlüsse der höheren Ebenen in der Regel als verbindlich.

Auf der konstituierenden Sitzung gelang es den CDU-Vertretern, die Selbständigkeit aller Parteien im Gründungsdokument zu verankern. Nach dem vereinbarten Einstimmigkeitsprinzip hatte zwar jede Partei ein Vetorecht, tatsächlich aber bestimmte die KPD, deren Politik sich mit der sowjetischen Besatzungspolitik deckte, maßgeblich die Entwicklung. Es zeigte sich schnell, daß der Bewegungsspielraum der anderen Parteien durch das Einstimmigkeitsprinzip erheblich eingeengt war. Innerhalb des Blocks waren Koalitionsbildungen gegen die KPD nicht möglich. Die KPD hingegen konnte mit ihrem Veto nach Belieben alle Vorstöße der anderen Parteien stoppen und ihre Anträge notfalls per Befehl von der SMAD durchsetzen lassen. Auch für die Sozialdemokraten wurde der Block schnell zum Bumerang, als sich herausstellte, daß er nur ein Mittel der KPD war, die verbündeten Parteien stillzuhalten und die kommunistische Diktatur nach Maßstäben und Zeitbegriffen durchzusetzen, die dem sowjetischen Interesse und den jeweiligen Gegebenheiten angemessen waren.⁵³ Spätestens die Auseinandersetzungen um

51 KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 84. Angesichts des Zwanges der Mitarbeit im Block kann allerdings nicht davon gesprochen werden, daß die bürgerlichen Politiker diesem „freiwillig und ohne ernste Bedenken“ beigetreten seien. So EBD.

52 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 596.

53 Vgl. GEYER: Einheitsfrontpolitik S. 33 f.

die Bodenreform zeigten die „antipluralistische Tendenz und instrumentelle Handhabung des Blocksystems durch die Kommunisten“⁵⁴.

Der Block erlebte eine erste Belastungsprobe, als die SMAD im Spätsommer 1945 eine radikale Bodenreform einleitete und aus Legitimationsgründen die Unterstützung durch die Parteien forderte. Nachdem der Vorsitzende der LDP, Waldemar Koch, den von der KPD am 22. November 1945 im Zentralen Block vorgelegten Entschließungsantrag „Helft den Neubauern“ zurückwies, wurde er am 29. November 1945 auf Drängen der SMAD durch Wilhelm Külz ersetzt. Er war bereit, den Aufruf zu unterzeichnen. Wenig später verweigerte die CDU als einzige Partei ihre Zustimmung zur entschädigungslosen Enteignung und verhinderte erneut einen Blockbeschluss zur Neubauernhilfe. Die Weigerung kam einer Spaltung der Einheitsfront gleich und wurde von der Besatzungsmacht nicht akzeptiert. Die SMAD machte deutlich, daß es für die Parteien kaum Möglichkeiten für oppositionelles Verhalten gab. Am 19. Dezember 1945 setzte sie die CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber mit der Begründung ab, sie besäßen nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder. Damit wurde deutlich, daß das Einstimmigkeitsprinzip und der gesamte Block nur der Durchsetzung der Besatzungspolitik diene. Auch die veröffentlichten Protokolle des zentralen Block-Ausschusses zeigen, daß es der SMAD nur darum ging, den zunächst noch ausschließlich von der Militärregierung getroffenen gesellschaftspolitischen Schlüsselentscheidungen eine breitere Legitimation zu verschaffen und die Veränderungen nicht als rein besatzungspolitisch-administrative Maßnahmen erscheinen zu lassen.⁵⁵ Der SMAD als alleiniger Machtinhaberin stand es völlig frei, welche Entscheidungen sie per Befehl durchsetzte und welche sie formal vom Block, von den Parlamenten und Verwaltungen tragen ließ.

2. *Die Entwicklung des Parteiensystems in der Zeit der beginnenden Ost-West-Konfrontation 1946–1948*

2.1. *Gründung der SED und illegale Weiterarbeit der SPD*

Nach ihrer Gründung war es zunächst die SPD, die auf eine Fusion mit der KPD drängte. In allen Zonen war unter Kommunisten und Sozialdemokraten das Bestreben stark, eine einheitliche Partei zu bilden. Lokale Parteiorganisationen von KPD und SPD schlossen sich auf örtlicher, aber auch auf der Ebene der Bezirksvorstände bzw. Landes- und Provinzialleitungen zu Tausenden Arbeits- und Aktionsausschüsse zusammen.⁵⁶

54 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 39.

55 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 598.

56 Vgl. KRUSCH: Arbeiterbewegung S. 60–62.